

Die SPD nach dem Bahnkompromiss

von Franziska Drohnel ■ ■

» Die jetzt durchgesetzte Bahnprivatisierung ist Ausdruck dessen, dass es derzeit nicht gelingt, das Bedürfnis für eine linke Politik in der Bevölkerung und an der Parteibasis in reale Politik zu gießen.

Was war passiert? Vor dem Hamburger Parteitag wurde lebhaft über die Privatisierung der Bahn diskutiert. Der Widerstand war groß und eine Grundsatz-Abstimmung in Hamburg über Pro und Contra hätte zu einer Niederlage der PrivatisierungsbefürworterInnen geführt. Aufgrund der Intervention von Kurt Beck gab es in Hamburg eine Mehrheit für den einstigen Kompromiss. Aber auch dieser war letztlich keine Haltelinie! Jetzt finden wir in den Vereinbarungen des Koalitionsausschusses keine Voraussetzung des Hamburger Parteitags erfüllt.

» Das Beispiel Bahn ist symptomatisch für die derzeitige Lage. Die Stimmung in der Öffentlichkeit und in der Bevölkerung hat sich gedreht. Ende der 90er hatten wir als Linke gegen einen neoliberalen Zeitgeist zu kämpfen, der scheinbar überall um sich griff. Damals war es ungleich schwieriger, für linke Positionen zu kämpfen, weil man von allen Seiten die neoliberale Doktrin der Sachzwänge zu hören bekam. Dies ist heute anders! Die Ergebnisse der neoliberalen Ära sind allgegenwärtig und werden mehrheitlich negativ bewertet: soziale Spaltung, mangelnde soziale Aufstiegschancen, prekäre Beschäftigungssituationen, steigende Armut. Heute gibt es eine Mehrheit für mehr soziale Gerechtigkeit. Eigentlich eine ideale Situation für die Linke in der SPD. Wir können jetzt diejenigen sein, die erstens Vorschläge für mehr soziale Gerechtigkeit unterbreiten und diese zweitens auch konsequent umsetzen.

» Derzeit mangelt es sowohl an Vorschlägen als auch an der Umsetzung. Angemessene Antworten auf die gegenwärtigen Probleme sind nicht moralisch aufgeladene Symbol-Debatten über Managergehälter, sondern konkrete Antworten auf die Fragen: Wie kann eine Umverteilung von oben nach unten organisiert werden? Was ist mit dem Spitzensteuersatz und der Erbschaftsteuer? Gibt es darüber hinaus Instrumente? Wie kann Verarmung verhindert werden und ein menschenwürdiger Umgang mit arbeitslosen Menschen aussehen? Diese Frage ist auch deshalb zentral, weil die zunehmende Angst der Mittelschicht vor sozialem Abstieg auf reale entwürdigende Kontrollen und harte Sanktionierung zurückgeht.

Vorschläge zu entwerfen ist das eine, der konsequente Einsatz dafür das andere. Wie es schon früher hieß: Die Organisationsfrage stellen heißt, die Machtfrage zu stellen. Darum muss es als Linke in der SPD gehen. Organisation und gemeinsames Agieren ist die Ausgangsbasis zur Durchsetzung politischer Positionen. Außerdem heißt es, wieder mehr Mut zu zeigen. Wir wissen uns derzeit mit unseren Fragestellungen und Positionen in der Mehrheit. Da muss die Zeit der Diplomatie und Vorsicht vorbei sein. Vielmehr muss es darum gehen, mit Mut und Leidenschaft offensiv für das zu kämpfen, wofür wir als Linke stehen. Nur so wird die SPD linke Volkspartei bleiben. ■



⇒ Franziska Drohnel, ist Juso-Bundesvorsitzende und lebt in Berlin.

Foto: Hans-Christian Plambeck